



Antrag der Fraktion Marburger Linke	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0755/2009 öffentlich 04.11.2009 03.11.2009	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Universitätsstadt Marburg

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (StVV) beauftragt den Magistrat:

- 1) Die Vorplanungen für Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Stadt Marburg zügig voranzutreiben.
- 2) Zusammen mit der Sparkasse Marburg-Biedenkopf und der Stadtwerke Marburg GmbH Finanzierungsmöglichkeiten für Windkraftanlagen zu entwickeln, die vor allem heimische KapitalgeberInnen aktiviert. Insbesondere ist die Einrichtung eines Bürgerfonds zur Finanzierung von Windkraftanlagen zu prüfen. Zugleich soll geprüft werden, ob und wie Überschüsse bei der Haushaltsabwicklung in Windkraftanlagen investiert werden können.
- 3) Zu prüfen, ob eine interkommunale Zusammenarbeit bei Planung, Bau und Betrieb von Windkraftanlagen im Landkreis zweckdienlich ist.
- 4) Zu prüfen, ob beim Bau von Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Stadt Marburg der nachwachsende Rohstoff Holz verwendet werden kann.
- 5) Eine Informationsoffensive mit dem Ziel zu starten, die Akzeptanz der Bevölkerung für Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Stadt Marburg deutlich zu verbessern. Die Auswirkungen auf die regionale Wertschöpfungskette, die heimischen Arbeitsplätze, die Entwicklung der Strompreise und die Höhe von Gewerbesteuereinnahmen der Stadt Marburg sollen dabei im Vordergrund stehen.

Begründung:

Windenergie ist eine saubere Technik für Klimaschutz regionale Wertschöpfung. Die Windenergie bringt den BürgerInnen neben dem Klimaschutz zahlreiche handfeste volkswirtschaftliche Vorteile:

- Günstige, stabile Strompreis
- Höhere Versorgungssicherheit
- Hohe Investitionen in eine Zukunftstechnologie
- Schaffung und Sicherung neuer Arbeitsplätze

Auf diese Weise wird die regionale Wertschöpfung gestärkt und bietet den Menschen eine regionale Perspektive. Investitionen in die Wachstumsbranche Windenergie anstelle von Rohstoffimporten - diese Strategie schafft und sichert Arbeitsplätze und gewährt eine hohe regionale Wertschöpfung. Eine Strategie für den Gleichklang zwischen Umweltfreundlichkeit, Sozialverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit.

Direkte Investitionen in Windkraftanlagen vor Ort, sind alle Male besser als Investitionen in Finanzmarktanlagen jeder Art. Daher sollen die BürgerInnen des Landkreises an der Finanzierung und den Erträgen der Windkraftanlagen beteiligt werden. Eine kleinteilige Stückelung der Anteile an einem Bürgerfonds wird die Akzeptanz der Windkraftanlagen vor Ort erleichtern.

Werden Überschüssen bei der Haushaltsabwicklung als in Windkraftanlagen investiert, ist dies ökonomisch wesentlich sinnvoller, als die vorzeitige Tilgung von Darlehen. Durch das Tilgen von Darlehen wird der regionale Wirtschaftskreislauf nicht unterstützt. Durch Investitionen in Windkraftanlagen sehr wohl.

Um die Akzeptanz der Windkraftanlagen auf dem Stadtgebiet zu erhöhen, soll geprüft werden, ob der Baustoff Holz bei der Errichtung der Windkraftanlagen eingesetzt werden kann. Mit Holz wird durchweg eine positive Assoziation verbunden. Der jährliche, natürliche Holzzuwachs ist in Deutschland etwa doppelt so hoch, wie der Holzeinschlag. Selbst wenn Rest- und Brennholz dazu gezählt werden, kann in Deutschland deutlich mehr Holz genutzt werden, ohne den Grundsatz der Nachhaltigkeit zu verletzen. Eine Prüfung der Option Holzbau ist daher geboten.

Die ersten Reaktionen der Marburger BürgerInnen auf das Vorhaben, im Stadtgebiet weitere Windkraftanlagen zu errichten, zeigen, dass einige Menschen deutliche Vorbehalte gegen die Windkraftanlagen haben. Hier gilt es geduldig, sachlich und beharrlich die Vorteile der Eigenproduktion von Energie auf dem Stadtgebiet herauszuarbeiten. Sicherlich werden nicht alle Menschen ihre Vorbehalte aufgeben, aber eine große Mehrheit sollte dafür gewonnen werden können, einen weiteren Schritt in Richtung Unabhängigkeit von fossilen und atomaren Energiequellen zu gehen.

Halise Adsan Georg Fülberth Astrid Kolter Birgit Schäfer Dr. Michael Weber